

Einbürgerung: Kritik an Faeser

Berlin. Die Pläne von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) für ein neues Einbürgerungsrecht sorgen für Streit zwischen Regierung und Opposition: Der Unions-Parlaments-Geschäftsführer Thorsten Frei (CDU) aus Donaueschingen (Schwarzwald-Baar-Kreis) warnte vor einer Spaltung der Gesellschaft. Es sei höchst problematisch, die doppelte Staatsbürgerschaft zum »Standardfall« zu erklären. »Das wäre kein Beitrag zum besseren Zusammenleben, sondern zur Spaltung der Gesellschaft.« Zuspruch kam von Verbänden und Wirtschaftsforscher Marcel Fratzscher. Die Ministerin Faeser hatte angekündigt, dass Ausländer künftig in der Regel schon nach fünf statt nach acht Jahren einen deutschen Pass bekommen können. Für Angehörige der »Gastarbeitergeneration« sollen die Hürden für die Einbürgerung gesenkt werden.